

Urteil gegen Zahnärzte

DÜSSELDORF. Das Sozialgericht in Düsseldorf hat den sofortigen Vollzug einer Anordnung des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministers Hermann Heinemann (SPD) gegen die Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein (KZV) angeordnet. Danach dürfen die Kassenzahnärzte nicht, wie von der KZV vorgesehen, sogenannte Begleitleistungen bei der Zahnersatzbehandlung (so Röntgendiagnostik, Vitalitätsprüfungen oder Anästhesien) in die Kostenerstattung einbeziehen und den Patienten in Rechnung stellen. Diese Entscheidung wurde ohne mündliche Verhandlung gefällt, der Spruch wurde auch nicht weiter begründet. Jetzt läuft das normale Widerspruchsverfahren der KZV gegen die Aufsichtsordnung. dfg

Ortskrankenkassen: Fusionsverhandlungen in Niedersachsen

KÖLN. 30 niedersächsische Ortskrankenkassen wollen sich an Verhandlungen zur Bildung einer AOK Niedersachsen beteiligen. Das ist nach Angaben des AOK-Landesverbandes Niedersachsen das Ergebnis der Sonderversammlungen, die fast alle niedersächsischen Ortskrankenkassen in den vergangenen Wochen durchgeführt haben.

Nach den Abstimmungsergebnissen wird es jedoch nicht unmittelbar zur Bildung der vom Landesverband angestrebten AOK Niedersachsen kommen können. Realistischer ist die Bildung einer „AOK Niedersachsen im Aufbau“, die zunächst neben einigen wenigen kleineren AOK-Vereinigungen und weiteren einzelnen Ortskrankenkassen besteht. Nach groben Berechnungen des AOK-Landesverbandes würde eine

„AOK-Niedersachsen im Aufbau“ – unter Einschluß der genannten 30 Kassen – einen Beitragssatz von ca. 14,3 Prozent erheben und knapp 60 Prozent der AOK-Mitglieder in Niedersachsen erfassen.

Dem AOK-Landesverband Niedersachsen gehören insgesamt 55 Kassen an. 25 Kassen haben also beschlossen, daß sie sich nicht an den

Spendenbitten

Damit auch 1992 Mütter aus der ganzen Bundesrepublik die Möglichkeit haben, an einer Kur teilzunehmen, bittet das Müttergenesungswerk um Spenden. Kontaktadresse: Elly-Heuss-Knapp-Stiftung, Deutsches Müttergenesungswerk, Postfach 1260, W-8504 Stein, Telefon 0911/6 70 17. Bankverbindung: Postgiro Nürnberg, Konto 8000.

Eine medizinische Bedarfsliste der estnischen Regierung, die vom Gesundheitsministerium erstellt wurde, kann bei der Redaktion des Deutschen Ärzteblattes angefordert werden. EB

Die Redaktion des Deutschen Ärzteblattes kann keine Verantwortung für die Angaben übernehmen, da sie auf Informationen der genannten Organisationen beruhen.

Verhandlungen beteiligen werden. Der durchschnittliche Beitragssatz der niedersächsischen Allgemeinen Ortskrankenkassen belief sich am 1. Februar 1992 auf 13,9 Prozent. Für den angepeilten Beitragssatz einer „AOK Niedersachsen im Aufbau“ (14,3 Prozent) müßten einige Kassen ihren Beitragssatz senken, andere müßten ihn erhöhen. dfg

Klinikfinanzierung: Kontra zum Sachsen-Vorschlag

HANNOVER. Insgesamt mindestens 60 Milliarden DM müßten in den nächsten zehn Jahren für die Investitionsförderung der Krankenhäuser in den fünf neuen Bundesländern aus Steuermitteln zur Verfügung gestellt werden, wenn dem Finanzierungsmodell des Freistaates Sachsen zur Sanierung der Kliniken in Ost-Deutschland stattgegeben würde. Dem Vorschlag zufolge soll für eine Übergangszeit von zehn Jahren eine Bundesbeteiligung an der Krankenhausfinanzierung in Höhe von drei Milliarden DM jährlich – zuzüglich einer jährlichen Steigerungsrate von drei Prozent – vorgeschrieben werden. Zusätzlich soll durch Steuervergünstigungen privates Kapital bis zur Höhe von einer Milliarde DM jährlich für Darlehen erschlossen werden. Dazu kämen noch Mittel der neuen Bundesländer. An der Tilgung und Verzinsung der Darlehen sollen außer dem Bund die Länder, die Kommunen sowie die gesetzlichen Krankenkassen und die Krankenhausträger beteiligt werden (vgl. DÄ, Heft 12/1992).

Dr. jur. Ernst Bruckenberg, Leitender Ministerialrat, Krankenhaus-Referent im niedersächsischen Sozialministerium, Hannover, hat errechnet, daß im Fall der Verwirklichung des Sachsen-Plans in den nächsten zehn Jahren die öffentlichen Haushalte und Krankenkassen mit mindestens 60 Milliarden DM belastet werden. Dies entspräche pro Bett, das nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert wird, mindestens 500 000 DM. Würde dem Antrag Sachsens gefolgt, so wären die rund 450 Krankenhäuser in den neuen Bundesländern wesentlich günstiger gestellt als die westdeutschen Kliniken. In den alten Bundesländern werden zur Zeit jährlich rund 5,1 Mil-

liarden DM für rund 465 000 KHG-geförderte Betten ausgegeben. Nach den Vorstellungen Sachsens soll dagegen in den nächsten zehn Jahren jährlich der gleiche Betrag für 120 000 KHG-geförderte Betten ausgegeben werden, also fast viermal soviel. Um eine relative Gleichbehandlung von Krankenhäusern in den alten und neuen Bundesländern zu erzielen, soll nach Bruckenberg's Vorstellungen die Beteiligung des Bundes degressiv gestaltet werden. Die Mittel sollten nach einem Einwohnerschlüssel vergeben werden. HC

Ausland

Irisches Krankenhaus sucht Anästhesisten

TRALEE. Ärzte mit mindestens dreijähriger Anästhesie-Erfahrung haben die Möglichkeit, im Südwesten von Irland mindestens ein weiteres Jahr lang weitere Erfahrungen zu sammeln. Erforderlich sind gute Englischkenntnisse. Außerdem sollten sich Interessenten mit dem Medical Council, 8 Hatch Street, Dublin 2, Ireland, in Verbindung setzen. Weitere Informationen: Tralee General Hospital, Tralee, Co. Kerry, Ireland. Kli

Japan: Zulassung der Pille wegen Angst vor AIDS verschoben

TOKIO. Die japanischen Frauen müssen auch in Zukunft ohne die Anti-Baby-Pille auskommen. Die für den Sommer geplante Zulassung des Verhütungsmittels sei aus „Gründen öffentlicher Hygiene“ verschoben worden, teilte ein Sprecher des japanischen Gesundheitsministeriums in Tokio mit. Es werde befürchtet, daß die Immunschwächekrankheit AIDS sich nach der Zulassung der Pille schneller verbreiten könne, weil dann weniger Kondome benutzt würden. afp